

Die Sanitätswarte

Zeitschrift für das Personal in Kranken-, Pflege- und Irren-Anstalten
Kliniken, Sanatorien, Bade- und Massage-Instituten, Seebädern
Beilage zur „Gewerkschaft“, Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition:
Berlin W. 57, Winterfeldt-Strasse 24.
Fernsprecher: Amt Köpenick, Nr. 2746.
•• Redakteur: Emil Dittmer. ••

Berlin,
den 3. August 1917.

Erscheint alle Monat, am 1. Freitag.
Bezugspreis inklusive „Die Gewerkschaft“ viertel-
jährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 3 Mk.
Postzeitungs-Liste Nr. 3164.

Inhalt: Krankenhäuser. — Lohnerböhrungen in den Irrenpflege-
anstalten Berlins. — Aus den Berliner städtischen Rettungsstellen. —
Aus der Praxis. — Aus unserer Bewegung — Rundschau.

Krankenhäuser.

Die „Soziale Praxis“ vom 3. 7. 1917 bringt einen beachtens-
werten Artikel von Dr. Koltracht, Arzt in Hamburg, den wir
nachstehend wiedergeben:

1.

Unsere modernen Krankenhäuser haben sich immer mehr zu
Prachtbauten mit verschwenderisch reicher Ausstattung
entwickelt, die ungeheure Summen für Bau, Einrichtung und
Betrieb verschlingen; wurden doch stets opferfreudigen Sinnes
alle Summen bewilligt, die für das Wohl der Kranken als
erforderlich betrachtet wurden. Allmählich aber wollte jedes
Krankenhaus eine wissenschaftliche Forschungsstätte sein,
wollte jede Möglichkeit zu wissenschaftlichen Untersuchungen,
zur Erprobung neuer Behandlungsarten in weitestem Maße
bieten können. So wurden selbst bei bescheidenen Verhält-
nissen recht großartige und teure Anstalten erbaut.

Sind nun überall so überreichlich ausgestattete Häuser
erforderlich? Macht Zustand der Mehrzahl ihrer In-
fassen den ganzen Auf- und der neuesten Untersuchungs- und
Behandlungsarten nötig?

Wer unsere Krankenhäuser kennt, der weiß, daß die
große Mehrzahl ihrer Pflegebefohlenen an Krankheitserken-
nung und -behandlung keine größeren Ansprüche stellt, als
sie der „praktische Arzt“ im bürgerlichen Hausstand täglich
zu erfüllen hat und erfüllen kann. Dieselben Krankheitsfälle,
die er als „Privatarzt“ selbst in nur mäßigen Verhältnissen
zu Hause behandelt, ist er in der Kassenpraxis nur zu oft
gezwungen, ins Krankenhaus zu schicken. Für seine Privat-
praxis stehen ihm außerdem die privaten Kliniken zu Gebote,
in denen er in besonderen Fällen seine Kranken weiter be-
handeln kann. Nur in wenigen dieser Kliniken aber hat der
Kranke die Summe von Bequemlichkeit, ja Luxus, den auch
der leichtkranke Kassenpatient im Krankenhaus zu finden ge-
wöhnt ist.

Gewiß, es gibt Fälle, in denen all die teuren und neuen
Einrichtungen des modernen großen Krankenhauses nötig
waren, in denen nur sie das Leben gerettet haben, aber diese
Fälle sind in der Minderzahl; es ist nicht richtig gehandelt, auf
solche Ausnahmefälle den Zuzchnitt unserer gesamten neuen
Krankenhäuser einzustellen. Bedeutet doch der Grundsatz,
jeden Infassen des Krankenhauses unter Bedingungen zu ver-
sehen, die allen für schwierigste Fälle nur erdenklichen Mög-
lichkeiten gewachsen sind, eine ganz erhebliche Belastung der
Allgemeinheit, und hat er doch noch eine Reihe anderer un-
angenehmer und unzweckmäßiger Zustände im Gefolge.

Die Allgemeinheit, der Steuerzahler, trägt die Last die-
ser übergroßen Fürsorge. Der verhältnismäßig geringe Be-
trag, den der Kranke oder seine Rentenklasse für die Kranken-
hausbehandlung zahlt, deckt die Verwaltungskosten bei wei-
tem nicht, von der Verzinsung der Anlagelasten gar nicht zu
reden.

Diese großen Ausgaben für die modernen Kranken-
häuser bedeuten eine erhebliche und dauernde Vermehrung
der Steuerlast. Und wenn nach dem Kriege aus später zu
erläuternden Gründen die Zahl der Krankenhäuser noch er-
heblich steigen wird und damit die Belastung mit Steuern,
wie will das zu dem Grundsatz stimmen, der uns jetzt täglich
ins Bewußtsein gehämmert wird und der Grundsatz bleiben
muß noch auf Jahre hinaus: zur Sparsamkeit?

Besondere Zeiten erfordern besondere Mittel! Könnten
wir es uns in guten Friedensjahren leisten, jedes Kranken-
haus als muster-gültige Forschungsstätte mit reichlichster Frei-
gebigkeit auszustatten, so muß für die kommenden Friedens-
jahre die Aufgabe für neue Krankenhäuser lediglich darin be-
stehen, den Kranken so schnell und gut wie möglich der Hei-
lung zuzuführen. Noch für lange Zeit wird der Grundsatz
gelten, daß Geld nur für unbedingt nötige Dinge ausgegeben
werden darf, damit es eben für alle dringend nötigen Dinge
auch vorhanden ist.

Zu dieser Frage der übermäßigen Kosten kommt für uns
Nerzte noch etwas anderes: Fast alle modernen Kranken-
häuser — wenigstens der Großstädte — verschließen der Mehr-
zahl der Nerzte ihre Pforten. Eine ganz kleine Zahl leitender
Nerzte mit ihren jungen Assistenten ist dort Herrscher, darf
sich allein der Kranken annehmen und kann sein Wissen und
können durch immer neues Lernen erweitern. Die große
Menge der praktischen Nerzte, die immer mehr wachsende Zahl
der Kassenärzte, sieht sich gezwungen, ihre Kranken in Kran-
kenhäuser zu schicken, in denen sie selbst nicht behandeln dür-
fen. Ihr Wissen verflacht in überfüllter Sprechstunde. Die
Beobachtung am Krankenbett, die Grundlage jedes ärztlichen
könnens, wird ihnen mehr und mehr genommen.

Und mit dem Schwinden des Könnens verbindet sich
ein Schwinden der Achtung seitens der Kranken. Das oft
beklagte Sinken des ärztlichen Ansehens hat seinen Grund
zum Teil darin, daß eine Klasse von Nerzten entstanden ist,
die in handwerksmäßiger Weise Sprechstundenpraxis treibt,
zu eingehenden, sorgfältigen Untersuchungen Zeit und Lust
verloren hat und jeden ernstere, unbequemeren Fall zum Fach-
arzt oder ins Krankenhaus schiebt. Können wir uns darüber
wundern, wenn dem Kranken, der mit offenen Augen zu be-
obachten weiß, dieses „Verarzten“ keine große Hochachtung
abnötigt, daß unter diesen Verhältnissen das Ansehen des
Arztes und bald auch des ganzen Standes sinkt?

Gewiß brauchen wir, wie oben erwähnt, für so manchen
Kranken die ganze Fülle der Einrichtungen, die neue Er-

kenntnis uns treffen ließ, brauchen wir reichlich ausgestattete Stätten der Forschung, der Erprobung neuer Mittel und Apparate zur Erkennung und Behandlung von Krankheiten, brauchen wir Anstalten, an denen die junge Ärzteschaft ihre Kenntnisse festigt und ihre Erfahrungen sammelt.

Soll deshalb aber jedes Krankenhaus all diesen und nur diesen Zwecken dienen, sollen alle Kranken, besonders die zahlreichen Massentranten, stets nur in diesen Anstalten Aufnahme finden, soll der großen Mehrzahl der Ärzte die Möglichkeit genommen werden, vollwertige Ärzte zu bleiben?

Aber vielleicht sind doch die Erfolge in den neuen, prächtig ausgestatteten Krankenhäusern so erheblich besser; vielleicht ist nur eine geringe Zahl Ausserlesener wirklich instande, vollwertige Tätigkeit auszuüben?

Da gibt uns die Erfahrung des Krieges eine unzweideutige Antwort. Überall und immer wieder werden die großen Erfolge gerühmt, die in der Behandlung verwundeter und kranker Soldaten der deutsche Arzt erzielt hat. Wir wissen, daß die Behandlung gerade der ersten Tage oft über den Erfolg entscheidet: und diese erste Behandlung der Verwundeten, im jetzigen Stellungskrieg auch die fast aller und gerade der schwersten Kranken ist Aufgabe des Feldlazaretts. Das ist aber in den allermeisten Fällen recht weit entfernt von der Vollkommenheit der Einrichtung unserer „allen modernen Anforderungen entsprechenden“ Krankenhäuser. In kümmerlichen Dorfhäusern eingerichtet, nur mit dem Notwendigsten an Krankenpflegemitteln ausgestattet, hat es von den großen Krankenhäusern nur das übernommen: peinliche Sauberkeit, möglichst viel Licht und Luft und strengste und freudigste Pflichterfüllung des gesamten Personals. Und wie mit der Einrichtung steht's mit den Ärzten: fast durchweg herrschen da nicht die wissenschaftlichen Größen, die leitenden Ärzte unserer Krankenhäuser, sondern im wesentlichen sind es — neben den altäbten Sanitätsoffizieren — die praktischen Ärzte, die Kreisärzte — und mit der Bewertung ihrer Leistungen und Erfolge dürfen sie wohl zufrieden sein.

Es geht also auch mit erheblich einfacheren Mitteln und Kräften, als es im Frieden von unserem Gemeinwesen und ihren Veratern für nötig gehalten wurde. Und daß auch unter diesen einfachen Verhältnissen die Forscherfähigkeit des Arztes nicht verkümmert, das zeigen zahlreiche wissenschaftliche Arbeiten aus den Feldlazaretten, zeigt die alte Erfahrung, daß so viele Großtaten der Forderung unter einfachsten Verhältnissen geboren wurden.

Diese Feststellung ist deshalb so besonders wichtig, weil bei dem Anwachsen der Krankenversicherungspflicht die immer neue Kreise und Berufsstände in ihren Bann zieht, bei der zu erwartenden weiteren Ausdehnung der Massenerkrankungen auf Frauen und Kinder, bei der immer zunehmenden Reizung der Kranken, auch schon bei weniger schweren Krankheiten das Krankenhaus aufzusuchen, die Zahl der Krankenhäuser nach dem Kriege erheblich ansteigen wird. Will man dann in der bisher geübten Art fortfahren, dann werden zu all den großen, so dringend nötigen Ausgaben der Friedensjahre noch diese, nach dem oben Gesagten nicht durchaus nötigen hinzukommen.

Lohnerhöhungen in den Irrenpflegeanstalten Berlins.

Nachdem alle Anträge auf Gewährung der vollen Teuerungszulage an die in den Kranken- und Pflegeanstalten Naturalverpflegung erhaltenden Personen konsequent abgelehnt worden sind, haben unsere Bemühungen, für das gesamte Personal der Anstalten eine Lohnzulage durchzusetzen, in den Irrenanstalten jetzt einen erfreulichen Erfolg gezeitigt.

Im Januar resp. April d. J. hatten wir unsere Anträge gestellt und diese, mit ausführlichen Begründungen versehen, dem Magistrat übermittelt. Ende März erhielten wir im Verfolg eines umfangreichen Schriftwechsels folgende Antwort:

Bezüglich der Gewährung einer erhöhten Kriegszulage an die Personen mit Naturalverpflegung muß es bei unserer Ab-

scheide vom 25. April 1917, J.-Nr. 220, G. V. 2.17 verbleiben. Wir haben aber dem gesamten Pflege- und Dienpersonal der Irrenanstalten neuerlich eine Zulage bewilligt, welche in voller Höhe auch den in der Anstalt verpflegten Personen zuteil wird. Im Auftrage: gez. Maas.

Aus dem Schreiben ging leider nicht hervor, in welcher Weise die Regelung der Zulagen gedacht war, und welche Personen sie erhalten sollten. Selbst die von uns befragten Deputationsmitglieder und Stadtverordneten konnten uns darüber keinen Aufschluß geben, und auch die Anstaltsdirektionen waren nicht in der Lage, die dahingehenden Anfragen der Arbeiterausschüsse zu beantworten. Mein Wunder, daß das Personal der Magistrats-Ankündigung mit einer gewissen Steifheit gegenüberstand. Es kam hinzu, daß ungefähr zur gleichen Zeit bekannt wurde, daß bei der Neuregelung der allgemeinen Teuerungszulagen auf Antrag des Magistrats das interne Personal wiederum unberücksichtigt bleiben sollte. Erst das energische Auftreten des Gen. Syndikus in der Stadtverordnetenversammlung führte dazu, daß diese Zulage wenigstens von 12 auf 14 Mk. erhöht wurde. Vielleicht ist die eindrucksvolle Schilderung der Miere des Irrenpflegepersonals in der Stadtverordnetenversammlung auch nicht ganz ohne Einfluß auf die endgültige Entschlichung des Magistrats geblieben, denn zum ersten Male während der Kriegszeit erlebten wir die Genugung, daß die Anträge des Irrenpflegepersonals im vollen Umfange angenommen wurden. Der im April für das interne Personal gestellte Antrag hatte folgenden Wortlaut:

„Das in den städtischen Irrenanstalten und der Anstalt „Puhlgarten“ Naturalverpflegung erhaltende Personal (Männliche 3, 4, 7, 8 und 9) beantragt, daß ihm vom 1. April 1917 ab eine monatliche Lohnzulage von 15 Mk. für das männliche, und 10 Mk. für das weibliche Personal gewährt wird.“

Dieser Antrag wurde, soweit das Pflegepersonal in Frage kommt, reiflos bewilligt und die Nachzahlung für die Zeit vom 1. April, ab ist bereits an einigen Stellen erfolgt. Die Hausdiener dagegen haben nur eine Lohnerhöhung von 10 Mk. pro Monat erhalten und das weibliche Haus- und Dienpersonal mußte sich sogar mit einer Zulage von 5 Mk. pro Monat begnügen.

So gern wir auch anerkennen, daß der Magistrat der Stadt Berlin hier den Willen gezeigt hat, die berechtigten und nur auf das Notwendige beschränkten Wünsche des Pflegepersonals zu erfüllen, so sehr müssen wir es doch bedauern, daß die Anträge des Hauspersonals nicht in der gleichen Weise erledigt worden sind. Soweit uns bekannt ist, sind in 2 der größten Irrenanstalten Berlins Hausdiener überhaupt nicht mehr tätig. Die Arbeit derselben wird jetzt vorwiegend von weiblichen Kräften erledigt, die aber nicht den Lohn der früheren Stelleninhaber erhalten, sondern lediglich als Haus-, Küchen- und Waidmädchen entlohnt werden. Es wäre sicher nur ein Akt der ausgleichenden Gerechtigkeit gewesen, wenn man die beiderseitigen Wünsche dieser Frauen, die zum Teil unter Aufbietung aller ihrer Kräfte arbeiten, ebenfalls erfüllt hätte.

Auch die Arbeiter und Handwerker sind nun endlich, nachdem ihre glücklicheren Kollegen in den Krankenanstalten bereits seit März d. J. eine Lohnzulage von 18 Mk. pro Monat beziehen, in den Genuss derselben gelangt. Auch sie erhalten, und zwar mit rückwirkender Kraft, vom 29. März d. J. ab die beantragte Zulage von 18 Mk., und daneben weiter laufend die allgemeine Teuerungszulage. Nur die Hausarbeiter, von denen niemand weiß, zu welcher Kategorie von Arbeitern sie gehören, sind bei der Lohnregulierung in den Irrenanstalten leer ausgegangen. Wir konnten zwar in der vorigen Nummer unserer „Sanitätskarte“ berichten, daß die Puhlgarten Hausarbeiter bereits selbst in sehr energischer Weise für eine Aufbesserung ihrer Löhne gekämpft haben. In den anderen Anstalten haben aber die Hausarbeiter noch nichts erhalten, und es ist ganz unerklärlich, weshalb gerade sie mit ihren niedrigen Löhnen von der Lohnerhöhung ausgeschlossen worden sind. Es ist das sicher nur auf ein Versehen des Magistrats zurückzuführen, und es ist zu erwarten, daß auf den Einspruch der Betroffenen noch nachträglich so schnell wie möglich die notwendige Verfügung erfolgt.

Die Erledigung der Anträge für das interne Krankenhauspersonal steht leider noch immer aus. Von dem Gerechtigkeitsinn der Berliner Stadtverwaltung darf aber wohl erwartet werden, daß bei eingehendem Studium der nachfolgenden Gegenüberstellung der in den Kranken- und Irrenpflegeanstalten gewährten Lohn- und Teuerungszulagen in kürzester Zeit die Anträge des Krankenhauspersonals wünschenswert erledigt werden.

infolge seiner verminderten Konstitution die zu teuer und schwierig ist, um Altsamenzug zu werden. Der Carnes-Arm ist kein Arbeitsarm, während der hier vorliegende Arm auch nach der Richtung des Vorkurses ausgebaut und verwandt werden kann. Der Tals-Arm ist also auch in sozialer Beziehung von Wichtigkeit, da er für fünfzig bis hundert Mark herabgestellt werden kann, während der Carnes-Arm tausend und mehr Mark kostet. — Eine Fabrik im Rheinland hat die Herstellung übernommen und, da auch die Kriegsmünister die Sache unterstützen, ist anzunehmen, daß der Arm bald eine größere Verbreitung findet.

Aus unserer Bewegung.

Sectis. Schlacht. Das Pflanz- u. Sanzperonal, nahm in zwei Versammlungen, am 18. Mai und am 7. Juli, Stellung zu den letzten Feuerungszulagen. Verheiratetes Personal erhält seit geräumter Zeit Kriegszulagen. Auch ledige Sanzmeister erhalten Kriegszulage, nur dem ledigen Pflanz- u. Sanzpersonal hat man bisher keine Kriegszulagen zugehört. Dieser Zustand ist natürlich unhaltbar. Namentlich müßte es auch in bezug auf die verheirateten Frauen und ledige Mütter keine Minderzulage bekommen, während das verheiratete Personal Minderzulagen erhält. Solche Minderzulagen sollten jetzt nicht gemacht werden. Die Ausgaben sind für alle Mütter gleich, ob ehelich oder unehelich geboren. Beschlossen wurde, für das ledige Personal eine Kriegszulage von 15 Mk. monatlich zu fordern. Die Eingabe ist eingereicht und trägt einhundertfünfundfünfzig Unterschriften. Neugewonnen haben wir bis jetzt in kurzer Zeit 40 Mital. Vier Hundert sind noch organisatorisch. Diese Hundert zu Mitstreitern zu machen, muß Aufgabe aller Mütterinnen und Mütter sein; denn vereint sind auch die Schwachen mächtig.

Berlin. Krankenhaus im Friedrichshagen. In einer zahlreich besuchten Versammlung des Personals, am 4. Juli d. J., gab Kollegin Krajczki zuerst den Bericht über die Sitzung des Arbeiterausschusses. Gegen die Stellungnahme der Direktion in bezug auf die Auszahlung der Bezüge und die Abgabe der Sachen und Mägen des Zimmers im Krankheitsfall wurde in der Versammlung lebhaft protestiert; und der Erwartung Ausdruck gegeben, daß in dieser Angelegenheit noch nicht das letzte Wort gesprochen sei. Der Deputationsbeschluss über die Bezahlung der weiblichen Ausführeffräfte war ebenfalls Gegenstand der Beratung des Arbeiterausschusses und der Diskussion in der Versammlung. Es wurde verfügt, daß auf 2 Stationen seit 7. Jahre bereits Stationsmädchen Wärtersdienste verrichten, ohne daß ihnen bisher der Wärtersinnen- oder gar Wärterslohn gezahlt worden ist. Der Herr Direktor verließ sich in der Ausführefführung darauf, daß auf diesen Stationen, die nebenbei mit Soldaten belegt sind, laut Satz keine Wärtersinnen, sondern nur Stationsmädchen ernannt, und daß seine Verfügung darüber bestehe, vor wann ab der höhere Lohn an die weiblichen Ausführeffräfte zu zahlen sei. Da diese Verfügungen über nicht genügend Beachtung und willkürliche Auslegung der Deputationsbeschlüsse sich in fast allen Krankenanstalten wiederholen, dürfte es zweckmäßig sein, daß die Deputaten der hiesigen Krankenanstalten unverzügliche Anweisungen an die Direktionen ergehen läßt. In der weiteren Diskussion über Anhaltssachenangelegenheiten wurde besonders darüber festgestellt, daß eine angemessene Erhöhung der Feuerungszulagen wiederum mit dem Hinweis auf die gewährte Kost vom Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung abgelehnt worden, und gleichzeitig wiederum eine Verschlechterung des Essens eintraten ist. Daß diese Verschlechterung nicht nur mit der allgemeinen Knappheit der Nahrungsmittel begründet werden kann, beweist am besten der Sonnenstich, der dem 1. und 2. Tisch noch allwöchentlich trotz Milch- und Fettknappheit geliefert wird. Das Personal beschloß nach eingehender Erörterung der Motiva, in einer allgemeinen Beschwerde an die Direktion gegen die vorige Art der Beförderung, die neben der knappen Prostitution seit ausschließlich aus Dörfermühe und dünnen Wässergruppen besteht, Protest einzulegen und die Lieferung von ausreichender, nahrhafter und schmackhafter Kost zu verlangen. Das Protestschreiben ist inzwischen, mit 142 Unterschriften versehen, der Direktion überreicht worden.

Charlottenburg. Das Haus- und Pflanzpersonal der Charlottenburger Krankenanstalten beschäftigte sich in einer am 19. Juli er. mit der Frage der Erhöhung der Feuerungszulagen. Bei der im April d. J. vorgenommenen Feuerungszulagen durch den Charlottenburger Magistrat in das interne Personal der Charlottenburger Krankenanstalten unberücksichtigt gelassen. Diese Zurücksetzung ist unverständlich, zumal die Grundlöhne bei allen Gruppen außerordentlich sind, zu den niedrigsten in Groß-Berlin zählen. Die dem Personal seit 1. Juli 1916 gewährte Feuerungszulage

von monatlich 6 Mk. vermag in der gegenwärtigen Zeit einen Ausgleich gegen die noch fortgesetzte Teuerung nicht herbeizuführen. Wohl hat der Charlottenburger Magistrat Ende Dezember d. J. dem ledigen Personal, sofern es mindestens ein halbes Jahr in Dienst stand, eine einmalige Feuerungszulage von 50 Mk. gewährt. Es betrug somit im Jahre 1916 die gesamte Feuerungszulage 80 Mk. oder 7 1/6 Mk. pro Monat. Wie genau diese Summe hat nur ein Teil des Personals erhalten. Seit Anfang 1917 beträgt die Feuerungszulage nur 6 Mk. pro Monat. Gegenüber Berlin, wo dem Personal eine Feuerungszulage von 14 Mk. pro Monat gewährt wird, ist das ein großer Minderwert. Dazu kommt noch, daß in den Berliner Krankenanstalten die Grundlöhne weit höher sind, als in Charlottenburg. Angehörige dessen ist beschlossen worden, der Direktion der Krankenanstalten einen Antrag um Erhöhung der Feuerungszulagen um 12 Mk. pro Monat zu unterbreiten. Hoffentlich wird bei der Direktion, wie im Charlottenburger Magistrat hierfür das notwendige Verständnis vorhanden sein.

Schöneberg. Augusta Victoria-Krankenhaus. In einer überaus gut besuchten Versammlung am 24. Juli er. beschäftigte sich das Personal des Augusta Victoria-Krankenhauses mit der Erhöhung der Feuerungszulage. Beschlossen wurde, eine Erhöhung der monatlichen Feuerungszulage von 12 Mk. zu beantragen. Damit würde die Feuerungszulage bezugl. der Lohn auf die Höhe, wie er in den Berliner Krankenanstalten üblich ist, gebracht sein. Bei Berücksichtigung der maßlosen Teuerung nicht nur für Lebensmittel, sondern für alle Verbrauchsgüter, ist es das Mindestmaß dessen, was das Personal beanspruchen muß, um einigermaßen den Anforderungen des Lebens genügen zu können. Bei den maßgebenden Körperlichkeiten wird hoffentlich das notwendige Verständnis für die Wünsche des Personals nicht fehlen.

Rundschau.

Nur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit. Der Bericht des Ministeriums Augusta Victoria-Krankenhauses zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit im Deutschen Reich über das 7. Geschäftsjahr, vom 1. April 1915 bis 31. März 1916, ist jetzt im Reichsanzeiger veröffentlicht worden. In der allgemeinen Hebericht sind mehrere Stellen von allgemeiner Bedeutung. So wird u. a. hervorzuheben: Die Anzahl hat stets den Gehirnen zugenommen, doch die Aufklärungsarbeit auf dem Wege schriftlicher Belehrung, die Unterrichtsstunde und Vorträge für Mütter heute zwar ein unbedingtes Erfordernis sind, daß sie uns aber unserer Ziele nur sehr langsam nahe kommen lassen. Nichts werde durch Wort und Tat zum Ausdruck gebracht, daß nur auf dem Wege über die Schule ein voller Erfolg der Aufklärungsarbeit zu erzielen sein kann. Eine besondere Genugtuung ist es, daß die Durchführung dieses Gedankens, der zunächst von einzelnen Stellen nicht getragener Widerspruch erfuhr, heute nicht nur von Vereinen, sondern auch von den Behörden ernstlich ertragen wird, und daß die unbedingte Einführung der Säuglingsasche in den Schulunterricht nur noch eine Frage der Zeit ist. In Preußen wird der Plan einheitlich vorbereitet. Mehrere Städte: Trautenau, Grotz, Archburg, Greifswald, Hattowig, Schöneberg haben den Unterricht schon eingeführt. — Außerordentlich groß waren die Anmeldungen der Schülerinnen zur Ausbildung in der Säuglingspflege. 1228 Gesuche lagen vor. Aber mit Rücksicht auf die Überfüllung der Räume war es wiederum unermesslich, daß nur der geringste Teil der Anmeldungen angenommen wurde. Auch konnte letzter wiederum nur ein kleiner Teil der Gesuche von hiesigen Behörden, Vereinen und Anstalten um Überlassung geeigneter Pflegekräfte für den Nachschub herbeschafft werden. — Der Schluß der allgemeinen Hebericht mahnt, alles zu tun, damit die Anzahl der Mütter erhöht, die sie unbedeutend haben muß. Die bisherigen Aufgaben der Anzahl sind durch den Krieg außerordentlich zu werden; die Anzahl wird über auch weiteren Anforderungen gerecht werden müssen. Die Ausbildung von Mütterinnen in größerem Maße, insbesondere zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit auf dem Lande, ist eine dringende Notwendigkeit. Von jetzt ab müssen mindestens zwanzig bis dreißig Frauen jährlich für diesen Zweck ausgebildet werden. Dazu sind mehr Mittel notwendig, als der Staat zur Verfügung stellen. Die Mittel müssen aber heidatig werden, denn sonst ist die Gefahr eines Stillstandes und Rückgangs sehr groß. — In dem Abschnitt über Erhebungen und Maßnahmen wird auch berichtet über die Arbeit von Dr. Kott: Geburtenhäufigkeit, Säuglingssterblichkeit und Säuglingsasche in den beiden Kriegsjahren. Von den Ergebnissen der Untersuchungen ist besonders beachtenswert, daß sich die Reichswochenhilfe als sehr segensreich erweisen hat. Es wird erwartet, daß die Reichswochenhilfe in irrendem Fortschritt in die Kreisverwaltung übernommen wird.